Anlage zur Tagesordnung für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.12.2014
(Stand: 11.12.2014)

Der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sind keine Vorlagen beigefügt, die in den Fachausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen wurden den Ratsmitgliedern mit den Einladungen zu den betreffenden Fachausschusssitzungen übersandt. Die Beratungsergebnisse zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage zur Tagesordnung.

Ö **Öffentlicher Teil**

7 **Haushalt 2015**
Vorlage: 0551/2014
Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 26.11.2014 einvernehmlich dem Rat keine Beschlussempfehlung zu den in der Vorlage Nr. 0475/2014 bezeichneten Produktgruppen gegeben.

Die Ergebnisse der Beratungen der Teilhaushalte in den übrigen Fachausschüssen lauten wie folgt:

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr in der Sitzung am 03.12.2014:

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr beschloss in der Sitzung am 03.12.2014 mehrheitlich gegen die Stimmen von FDP und DIE LINKE. bei einer Enthaltung aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr fallenden Teilhaushalte 2015 werden in der Fassung der Vorlage beschlossen.

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der Sitzung am 04.12.2014:

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschloss in der Sitzung am 04.12.2014 mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE. bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und AfD, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Teilhaushalte 2015 werden in der Fassung der Vorlage beschlossen.

Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 09.12.2014:

Ein gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion „Netzwerke erhalten" zum Haushalt 2015 aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses ist dieser Unterlage **als Anlage 1** beigefügt. Der Jugendhilfeausschuss beschloss einstimmig bei Enthaltung der AfD, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der gemeinsame Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion „Netzwerke

erhalten“ zum Haushalt 2015 wird angenommen.

Der Jugendhilfeausschuss beschloss sodann einstimmig bei Enthaltung der AfD und eines stimmberechtigten Mitglieds der Jugend- und Wohlfahrtsverbände, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die in die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses fallenden Teilhaushalte 2015 werden in der Fassung der Vorlage unter Berücksichtigung des gemeinsamen Änderungsantrags der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion „Netzwerke erhalten“ zum Haushalt 2015 beschlossen.

Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss in der Sitzung am 10.12.2014:

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss beschloss in der Sitzung am 10.12.2014 einstimmig bei Enthaltung von AfD, FDP und DIE LINKE., dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die in die Zuständigkeit des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses fallenden Teilhaushalte 2015 werden in der Fassung der Vorlage beschlossen.

22 **„Pakt für den Sport in Bergisch Gladbach“**
Vorlage: 0456/2014

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 26.11.2014 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Stadtsportverband Bergisch Gladbach e.V. wird der „Pakt für den Sport in Bergisch Gladbach“ beschlossen.

23 **Wahl von zusätzlichen Mitgliedern mit beratender Stimme in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport**
Vorlage: 0446/2014

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 26.11.2014 in separater Abstimmung mehrheitlich gegen die Stimme der AfD beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1.
Auf Vorschlag des Stadtverbandes Kultur und des Stadtsportverbandes werden folgende Vertreterinnen/Vertreter als Mitglieder des ABKSS mit beratender Stimme bzw. als persönliche Stellvertreterinnen/Stellvertreter berufen:

Für den Stadtverband Kultur:

Beratendes Mitglied	Persönliche Stellvertretung
Herr Dr. Lothar Speer	Herr Michael Fischer

Für den Stadtsportverband:

Beratendes Mitglied	Persönliche Stellvertretung
Herr Rainer Adolphs	Herr Jörn Greifenberg

Sodann beschloss der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport in separater Ab-

stimmung mehrheitlich gegen die Stimme der AfD bei zwei Enthaltungen aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

2.
Alternative 2:
Die Verwaltung wird beauftragt, die Schulleitungskonferenz zu bitten, eine Vertreterin/einen Vertreter für eine Wahl als Ausschussmitglied mit beratender Stimme (als Vertreterin/Vertreter der Schulen gemäß § 85 Absatz 2 Satz 3 SchulG NRW) zu benennen. Der Vorschlag wird sodann dem Rat nach Vorberatung im ABKSS zur Wahl vorgelegt.

Sodann beschloss der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport in separater Abstimmung mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP und DIE LINKE., dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

3.
Alternative 1:
Der Rat beschließt, den Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen und keine Vertreterin/keinen Vertreter der Bezirksschülervertretung als Ausschussmitglied mit beratender Stimme in den ABKSS zu wählen.

nachrichtlich:
Auf Antrag von Frau Lehnert (CDU-Fraktion) und Herrn Neu (SPD-Fraktion) fasste der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport sodann einstimmig bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, AfD und FDP folgenden Beschluss für das weitere Verfahren mit den Anliegen der Bezirksschülervertretung:

Die Bezirksschülervertretung kann sich mit ihrem Anliegen an die Schulverwaltung wenden, die dann kurzfristig ein Gespräch koordiniert, an dem die Schülervertretung, die Schulverwaltung, der Vorsitzende und die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport teilnehmen, um eine Lösung zu finden. Auf Wunsch der Schülervertretung wird ihr Anliegen auch dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport mitgeteilt.

24 Anträge der Fraktionen

24.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 29.06.2014 (eingegangen am 30.06.2014) zur Änderung der Satzung für das Jugendamt
Vorlage: 0266/2014/1

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 09.12.2014 mehrheitlich gegen die Stimme der AfD beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. wird abgelehnt.

24.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 04.09.2014 zur Förderung des Abenteuerspielplatzes Gronau
Vorlage: 0433/2014

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 09.12.2014 dem Rat einvernehmlich keine Beschlussempfehlung zu dem Antrag der FDP-Fraktion gegeben, da der beantragte Beschluss von dem Beschluss des Ausschusses zum gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion zum Haushalt 2015 (oben TOP Ö 7, Haushalt 2015) bereits umfasst sei.

24.5 **Antrag der Fraktion DIE LINKE., die Erlaubnis für Ponyreiten in einem Rondell o. ä. nicht mehr zu erteilen**
Vorlage: 0554/2014
Ein schriftlicher Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 08.12.2014 (eingegangen am 09.12.2014) zu diesem Tagesordnungspunkt ist dieser Unterlage **als Anlage 2** beigefügt.

Zu TOP Ö 7

CDU BERGISCH GLADBACH

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses
Frau Mechtild Münzer
c/o Fachbereich 5
Frau Beate Schlich

4. Dezember 2014

NETZWERKE ERHALTEN - ANTRAG DER FRAKTIONEN DER CDU UND DER SPD FÜR DIE SITZUNG DES JUGENDHILFEAUSSCHUSSES

Sehr geehrte Frau Münzer,

hiermit beantragen wir, dass der Jugendhilfeausschuss (JHA) in seiner Sitzung am 9. Dezember 2014 unter TAGESORDNUNGSPUNKT Ö 7 folgende Entscheidung dem Haupt- und Finanzausschuss, sowie dem Rat zur Beschlussfassung vorlegt:

1. Die drei Netzwerkstellen in Stadtmitte, Bensberg/Bockenberg und Gronau/Hand sollen erhalten bleiben. Dazu wird zusätzlich zu den im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen Mitteln, 205.967 € in den Haushalt 2015 für den Erhalt der bisher BuT-finanzierten Netzwerkarbeit eingestellt. Der restliche Betrag soll durch einen Eigenanteil der betroffenen Träger von 10% (22.885 €) erbracht werden.

2. Die Projektmittel für die Kreativitätschule e.V. sollen erhalten bleiben unter der Maßgabe hier mit dem Jugendamt, neben der Fortführung des bestehenden Angebotes, vorrangig ein Angebot für Flüchtlinge in Bergisch Gladbach zu entwickeln. Dazu werden zusätzlich zu den im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen Mitteln, 40.605 € in den Haushalt 2015 für den Erhalt der bisher BuT-finanzierten Netzwerkarbeit eingestellt. Der restliche Betrag soll durch einen Eigenanteil des Trägers i.H.v. von 10% (4.512 €) erbracht werden.

3. Die Verwaltung wird beauftragt entsprechende Leistungsvereinbarungen mit den betroffenen Trägern zu schließen.

4. In den Beratungen für den Haushalt 2016 ff. wird über die Mittelvergabe erneut entschieden.

Begründung:
Das Bildungs- und Teilhabepaket ermöglichte den 2005 begonnen Aufbau der stadtteilbezogenen Netzwerkarbeit deutlich auszubauen. Der Bund stellte hierfür 270.000 € p.a. zur Verfügung, wodurch drei Koordinatorenstellen für die Teilnetzwerke Gronau/Hand, Wohnpark Bensberg und Stadtmitte

Rathaus Stadtmitte
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

CDU-Fraktionsgeschäftsstelle
☎ 02202 / 14-2218
✉ fraktion@cdu.gl

SPD-Fraktionsgeschäftsstelle
☎ 02202 / 14-2220
✉ spd-fraktion-gl@netcologne.de

allen Bereichen wurde wertvolle und notwendige Arbeit dahingehend geleistet, die lokalen Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien in schwierigen finanziellen und sozialen Situation zu koordinieren, miteinander zu vernetzen und so wirksamer zu gestalten.

Der Bund hat die Förderung zum Ende dieses Jahres eingestellt. Weil wir um die Wichtigkeit der Arbeit der Koordinatoren vor Ort wissen, wollen wir eine Förderung trotz der prekären städtischen Haushaltslage erhalten. Für uns gilt: jeder Euro, den wir heute in die Förderung von Kindern und Jugendlichen investieren, zahlt sich später aus in ausbleibenden Reparaturkosten von Entwicklungsschäden. Wir verstehen diesen Antrag daher auch als Ausdruck dafür, dass wir hinter der geleisteten Arbeit des Netzwerks stehen und sie auch zukünftig stützen wollen.

Der JHA hat in seiner Sitzung vom 10.09.2014 den Bedarf und die Notwendigkeit der Netzwerkarbeit festgestellt, hiermit tragen wir dieser Feststellung Rechnung.

Gegenfinanzierungsvorschlag:

Die Automatensteuer als Teil der Vergnügungssteuer wird für Spielhallen o.ä. Betriebe (§8, Abs. 2, Satz 1. a) von 15 v.H. auf 20 v.H. und für Gaststätten o.ä. Stellen (§8, Abs. 2, Satz 2. a) von 11 v.H. auf 15 v.H. angehoben.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergnügungssteuersatzung in der nächsten Sitzung des HFA und Rat im Jahr 2015 entsprechend anzupassen, damit die Erhöhung ab dem 1. April 2015 in Kraft tritt.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Mömkes
Vorsitzender CDU Ratsfraktion

Klaus Waldschmidt
Vorsitzender SPD Ratsfraktion

Christian Buchen
Jugendpolitischer Sprecher CDU

Marcel Kreutz
Jugendpolitischer Sprecher SPD

Zu TOP Ö 24.5

09. Dez. 2014
Stadt Bergisch Gladbach
FB 1-14
Kommunalverfassung
- Ratsbüro

Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Bergisch Gladbach

B 90/ Die Grünen* Rathaus* 51465 Bergisch Gladbach

Telefon+ Fax: 0 22 02/ 14 22 42
fraktion@gruene-gl.de
www.gruene-gl.de
Bürozeiten: mo 15-18 Uhr,die 9-14:00 Uhr,
do 9-14:00 Uhr
BürgerInnensprechstunde:
Montags 17-18 Uhr

An den Vorsitzenden
des Haupt-u. Finanzausschuss
Herrn Lutz Urbach
Rathaus Bergisch Gladbach

51465 Bergisch Gladbach

Bergisch Gladbach 08.12.2014

Ergänzungs-bzw. Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 24.5 für die Sitzung des Haupt- u. Finanzausschuss am 11.12.2014

Sehr geehrter Herr Urbach,

zum TOP 24.5 des Haupt- u. Finanzausschuss am 11.12.2014 reicht unsere Fraktion folgenden Ergänzungs- bzw. Änderungsantrag ein:

Antrag
Bündnis 90/ Die Grünen beantragen in Abänderung des Antrages der Fraktion die Linken, die Stadt möge von ihrem Recht Gebrauch machen, auf ihren öffentlichen Plätzen Nutzungseinschränkungen auszusprechen und keine lebenden Tiere auf Kirmesveranstaltungen und Jahrmärkten zuzulassen. Dies soll in der Marktordnung entsprechend ergänzt bzw. festgelegt werden.

Begründung

Die Belustigung der Jahrmarktbesucher mit lebenden Tieren als Attraktionen – sei es durch Wandermenagerien, Tierrennen, Tierroulette, Bärenführer oder Ponykarussells – stammt aus dem 17. Jahrhundert. Damals prägten Gaukler, Wahrsager, Quacksalber und Ähnliche das Jahrmarktbild. Heute dagegen haben sich die Volksfeste zu fahrenden Vergnügungsparks mit einem sehr hohen Lärm- und Lichtpegel entwickelt. Unter diesen geänderten Bedingungen nach wie vor lebende Tiere zur Gewinnerzielung einzusetzen, ist nicht mehr zeitgemäß.

Insbesondere Lebendkarussells (Karussells mit lebenden Tieren, z.B. Ponykarussells) widersprechen dem modernen Tierschutzgedanken. Wirbelsäule und Beine von Ponys und Pferden sind

100 % Recycling-Papier

nicht für stundenlanges Im-Kreis-Laufen ausgelegt, so dass schmerzhafte Gelenk- und Wirbelschäden die Folge sind. Besucherlärm und Geräusch- und Lichtblitzkulisse der umliegenden Fahrgeschäfte stellen für die empfindlichen Fluchttiere eine Quälerei dar. Dadurch entsteht auch für die Kinder eine ernstzunehmende Gefahr, denn niemand kann garantieren, dass ein gestresstes Tier nicht doch mal austritt oder panisch reagiert. Darüber hinaus führt diese Art der Belustigung für Kinder zu einer negativen erzieherischen Wirkung, was bereits im Positionspapier der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz e.V. von 2008 bestätigt: „Hervorgehoben werden muss zudem, dass den Kindern durch das stupide Im-Kreis-Laufen der Ponys ein Bild vom Pferd vermittelt wird, das aus der Sicht des ethischen Tierschutzes heute nicht mehr zeitgemäß ist." Diese negativen Auswirkungen gelten gleichermaßen für die Belustigung mit anderen lebenden Tiere.

Mit freundlichen Grüßen

E. Schundau

Edeltraud Schundau
Fraktionsvorsitzende

Sarah Bähner

Sarah Bähner
umweltpolitische Sprecherin
Natur- und Tierschutz

100 % Recycling-Papier